

PRESSEMITTEILUNG

Städtebauförderung zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommunen?
Schön wär's! Aber nicht im Saarland! Hier sieht die Realität anders aus:

Das Land steuert nur ein Fünftel zur Kofinanzierung der Städtebauförderung im Saarland bei und zwingt die unterfinanzierten Saar-Kommunen, fast die Hälfte der Städtebauförderung zu schultern.

Es trifft nicht zu, dass das Geld für die Städtebauförderung im Saarland zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommunen kommt, stellen der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT), Oberbürgermeister Klaus Lorig, Völklingen (CDU), und der Stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jürgen Fried, Neunkirchen (SPD) klar:

Denn je ein Drittel würde bedeuten: Bund 6,654 Millionen Euro, Land 6,654 Millionen Euro und Kommunen 6,654 Millionen Euro. – schön wär's! Die Realität sieht leider so aus: Bund 6,654 Millionen Euro, Land 4,025 Millionen Euro und Kommunen 9,283 Millionen.

Und das geht so:

Der Bund legt für 2016 6,654 Millionen Euro an Städtebaufördermitteln auf den Tisch. Das ist das Drittel des Bundes. Das Land legt zur Kofinanzierung aber nur 4,025 Millionen Euro dazu. Das sind definitiv 2,629 Millionen Euro weniger als ein Drittel. So Innenminister Klaus Bouillon in seinem Schreiben vom 3. März 2016 an den Präsidenten und den Stellvertretenden Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, in dem folgerichtig auch nur von einer „bis zum Jahre 2014 praktizierten“ Drittelbeteiligung Bund/Land/Kommunen am saarländischen Städtebauförderungsprogramm die Rede ist.

Die fehlenden, weil vom Landesgesetzgeber einfach nicht bereitgestellten 2,629 Millionen Euro sollen bitteschön die Kommunen selbst zahlen. Dafür soll - originär kommunales - Geld verwendet und aus dem Ausgleichsstock entnommen werden. Das bedeutet, durch originär kommunales Geld soll nicht nur ein Drittel der Städtebauförderung im Saarland finanziert werden, sondern 46,5%, d.h. fast die Hälfte, während das Land nur 20,16%, d.h. gerade einmal ein Fünftel übernimmt.

Diesen Griff in die kommunalen Kassen muss der Haushaltsgesetzgeber dringend korrigieren, fordert der Saarländische Städte- und Gemeindegtag in seiner heutigen Präsidiumssitzung.

Saarbrücken, 18.5.2016